

Arthur Meier-Hayoz t

Dr. iur., em. Professor der Universität Zürich

Peter Forstmoser

Dr. iur., em. Professor der Universität Zürich

Rolf Sethe

Dr. iur., Professor der Universität Zürich

Schweizerisches Gesellschaftsrecht

**Mit neuem Firmen- und künftigem
Handelsregisterrecht und unter Einbezug der
Aktienrechtsreform**

72., vollständig neu bearbeitete Auflage

Stämpfli Verlag

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkungen zur Arbeit mit diesem Buch	1
---	---

Allgemeiner Teil

§ 1 Der Begriff der Gesellschaft	2
I. Die Gesellschaft als Personenvereinigung	3
1. Abgrenzung gegenüber Vermögenszusammenfassungen	3
2. Das Erfordernis der Beteiligung einer Mehrheit von Personen und seine Relativierung	3
a) Mindestzahl	3
aa) Die klassische Ordnung für die Gründung von Gesellschaften	3
bb) Die Gründung von Einpersonengesellschaften nach geltendem Recht	3
cc) Mindestzahl für den Weiterbestand	4
dd) Sinn und Problematik von Einpersonengesellschaften	4
b) Verschiedenheit des persönlichen Substrats	5
aa) Natürliche und juristische Personen	5
bb) Nur natürliche Personen	5
cc) Auch Personengesamtheiten ohne eigene Rechtspersönlichkeit	6
II. Die vertragliche Basis	7
1. Abgrenzung zu den auf gesetzlicher Grundlage beruhenden schlichten Interessengemeinschaften	8
a) Die Erbengemeinschaft (ZGB 602)	8
b) Die gesetzliche Bruchteilsgemeinschaft	8
c) Die Gläubigergemeinschaft im Konkurs (SchKG 235 ff., 252 ff.)	9
d) Die Gemeinschaft der Gläubiger bei Anleiheobligationen (OR 1157 ff.)	9
e) Die Gemeinschaft der Inhaber von Genussscheinen (OR 657 IV)	9
2. Grenzziehung gegenüber öffentlich-rechtlichen Personenverbindungen	10
a) Der Unterschied	10
b) Öffentlich-rechtliche Körperschaften	11
c) Gemischtwirtschaftliche Unternehmen	15
d) Mit der Erfüllung öffentlicher Aufgaben betraute private Rechtsträger	17
e) Exkurs: Privatisierung öffentlicher Aufgaben	18

3.	Die fehlerhafte Gesellschaft	19
a)	Fehlen eines gültigen Gesellschaftsvertrags	19
b)	Vertrauensschutz zugunsten des Rechtsverkehrs	19
c)	Bestandesschutz auch zugunsten der «Gesellschafter».	20
d)	Spezialregelung für die AG, GmbH und Genossenschaft	20
e)	Grenzen der Grundsätze der fehlerhaften Gesellschaft.	22
4.	Personenvereinigungen ohne rechtlichen Bindungswillen...	24
III.	Die gemeinsame Zweckverfolgung	25
1.	Der gemeinsame Zweck	25
2.	Die Förderungspflicht	25
3.	Irrelevanz der Motive	26
4.	Weitgehende Freiheit in der Ausgestaltung der Beitragspflicht und der Beteiligung an Erfolg oder Misserfolg	27
a)	Verschiedenartigkeit der Beiträge	27
b)	Unterschiedliche Beteiligung an Erfolg und Miss- erfolg	28
5.	Abgrenzung gegenüber zweiseitigen Schuldverträgen	29
a)	Austauschverträge	30
b)	GeschäftsbesorgungsVerträge	30
c)	Partiarische Rechtsgeschäfte	32
6.	Abgrenzung gegenüber vertraglich begründeten privatrechtlichen Personenverbindungen, die nicht Gesellschaften sind	36
a)	Personenvereinigungen im Familienrecht	37
b)	Personen Vereinigungen im Erbrecht	37
c)	Personenvereinigungen im Sachenrecht	37
d)	Abgrenzung	38
7.	Die Bedeutung des Gesellschaftszwecks	39
8.	Erfordernis der Zulässigkeit des angestrebten Zwecks	40
a)	Verbot der Verfolgung widerrechtlicher und unsittlicher Zwecke	40
b)	Ursprüngliche und nachträgliche Widerrechtlich- keit und Unsittlichkeit	41
c)	Anfall des Gesellschaftsvermögens an das Gemeinwesen	41
IV.	Zusammenfassender Rückblick auf die Elemente des Gesellschaftsbegriffs	43
V.	Abgrenzung gegenüber dem Gesellschaftsbegriff des Internationalen Privatrechts	43
§ 2	Körperschaftlich und rechtsgemeinschaftlich strukturierte Gesellschaften	45
I.	Übersicht	45
II.	Die Körperschaften	47
1.	Die Körperschaft als juristische Person	47

2.	Die Rechtsnatur der juristischen Person	48
a)	Die Fiktionstheorie	48
b)	Die Realitätstheorie	49
c)	Exkurs: Die Gesellschaft als nexus of contracts	50
d)	Das heute geltende Recht	51
aa)	Die Rechtsfähigkeit	51
bb)	Die Handlungsfähigkeit	53
cc)	Die unterschiedlichen Bedeutungen des Organbegriffs	54
dd)	Exkurs: Die strafrechtliche Deliktsfähigkeit	57
ee)	Der Durchgriff als Ausnahme vom Grundsatz der Selbständigkeit der juristischen Person	59
3.	Abgrenzung der Körperschaften gegenüber den Anstalten bzw. Stiftungen	62
a)	Übersicht	62
b)	Die Grenzziehung gegenüber den Stiftungen im Besonderen	63
c)	Annäherungen der Körperschaft an die Anstalt in der Rechtspraxis	64
III.	Die Rechtsgemeinschaften	65
1.	Merkmale	65
2.	Arten	67
IV.	Die hauptsächlichsten Unterschiede zwischen Gesellschaften mit körperschaftlicher und solchen mit rechtsgemein- schaftlicher Struktur	69
1.	Übersicht	69
2.	Das Verhältnis der Gesellschaft zu ihren Mitgliedern	71
3.	Die Rechtsverhältnisse am Gesellschaftsvermögen	72
a)	Rechtzugehörigkeit	72
b)	Haftung für Gesellschaftsschulden	72
4.	Die Organisation	75
a)	Allgemeines	75
b)	Willensbildung	76
c)	Geschäftsführung und Vertretung	78
aa)	Geschäftsführung im weiteren Sinn	78
bb)	Geschäftsführung im engeren Sinn	78
cc)	Vertretung	78
dd)	Terminologie des Gesetzes	79
d)	Zum Verhältnis von Geschäftsführung und Mitgliedschaft	79
aa)	Selbstorganschaft	79
bb)	Drittorganschaft	80
5.	Der Gesellschaftsvertrag	81
a)	Merkmale	81
b)	Inhaltliche Voraussetzungen	83
c)	Formelle Voraussetzungen	84

V.	Die Relativität der Unterscheidung	85
1.	Die Milderung des Gegensatzes Körperschaft – Rechtsgemeinschaft durch den Gesetzgeber	86
a)	Annäherung der Kollektiv- und der Kommandit- gesellschaft an das Recht der Körperschaften	86
b)	Annäherung der GmbH an das Recht der Rechtsgemeinschaften	86
2.	Die Milderung des Gegensatzes in der konkreten gesellschaftsvertraglichen Ausgestaltung	87
a)	Rechtsgemeinschaftliche Elemente bei Klein- Aktiengesellschaften	87
b)	Körperschaftliche Elemente bei Kommanditgesellschaften	89
3.	Die (begrenzte) Bedeutung der Strukturverschiedenheit für die Rechtsfindung	89
§3	Personenbezogene und kapitalbezogene Gesellschaften	91
I.	Übersicht	91
II.	Gegenüberstellung personenbezogener und kapital- bezogener Strukturelemente	93
1.	Welches ist der massgebende Gesichtspunkt der Unterscheidung?	93
2.	Übersicht über die rechtlich relevanten Unterschiede bezüglich der Mitgliedschaft im Einzelnen	93
3.	Art und Ausmass der Mitgliedschaftspflichten	95
a)	Personenbezogene Gesellschaften	95
b)	Kapitalbezogene Gesellschaften	96
4.	Bemessung der Mitgliedschaftsrechte	98
5.	Wechsel der Mitgliedschaft	99
a)	Personenbezogene Gesellschaften	99
aa)	Grundsatz der Unübertragbarkeit	99
bb)	Grundsatz der festen Mitgliederzahl bei den Personengesellschaften	99
cc)	Grundsatz von Ein- und Austritt bei Genossenschaft und Verein	100
b)	Kapitalbezogene Gesellschaften: grundsätzlich leichte Übertragbarkeit	100
6.	Verhältnis der Mitglieder untereinander	101
7.	Auflösungs- und Ausschliessungsgründe	102
a)	Personenbezogene Gesellschaften	102
aa)	Auflösungsgründe	102
bb)	Ausschliessungsgründe	102
b)	Kapitalbezogene Gesellschaften	103
aa)	Auflösungsgründe	103
bb)	Ausschliessungsgründe	104

III.	Personenbezogene und kapitalbezogene Elemente im Recht der einzelnen Gesellschaftsformen	104
1.	Die Ausgestaltung gesetzlicher Mischformen	105
a)	Die GmbH	105
aa)	Das gesetzliche Modell	105
bb)	Statutarische Variationsmöglichkeiten	106
b)	Die Kommandit-AG	106
2.	Die Zulassung personenbezogener Elemente im Recht der AG	107
a)	Die Stimmrechtsaktie	107
b)	Die vinkulierte Namenaktie	108
3.	Die kapitalbezogene Kommanditgesellschaft	109
IV.	Die personenbezogenen Körperschaften im Besonderen	110
§ 4	Wirtschaftliche und nicht wirtschaftliche Zweckverfolgung mit oder ohne kaufmännisches Unternehmen	113
I.	Übersicht	113
II.	Begriff und Arten wirtschaftlicher Zweckverfolgung	116
1.	Was heisst wirtschaftlicher Zweck?	116
2.	Endzweck, (unmittelbarer) Zweck und Gegenstand	116
2.	Erwerbsgesellschaften und Genossenschaften	118
3.	Die Grenzziehung zwischen Gesellschaften mit wirtschaftlicher und solchen mit nicht wirtschaftlicher Zielsetzung	119
a)	Die grundsätzliche Ordnung im Personenrecht	119
b)	Können mit den Gesellschaftsformen des OR auch nicht wirtschaftliche Ziele verfolgt werden?	120
c)	Darf ein Verein auch wirtschaftliche Zwecke verfolgen?	121
aa)	Das gesetzliche Verbot wirtschaftlicher Zielsetzung	121
bb)	Die Duldung wirtschaftlicher Zweckverfolgung in der Praxis	122
cc)	Entschärfung der Problematik im neuen Recht....	123
dd)	Unternehmerische Tätigkeit und Erstreben wirtschaftlicher Vorteile für Nichtmitglieder	124
d)	Ausschliesslich wirtschaftliche Zielsetzung der Rechtsformen des Kollektivanlagengesetzes	125
III.	Der Begriff des kaufmännischen Unternehmens und seine Bedeutung	125
1.	Der Begriff	125
a)	Allgemeines	125
b)	Wirtschaftliche Tätigkeit	126
c)	Selbständigkeit	126
d)	Dauer	127
e)	Exkurs: Kaufmännischer Betrieb und Erfordernis einer geordneten Buchführung	128

f)	Kein Erfordernis einer Gewinnabsicht	129
g)	Mindestumsatz	130
h)	Abgrenzungen	130
i)	Exkurs: Die Bedeutung des Begriffs des kaufmännischen Unternehmens für die Pflicht zum Handelsregistereintrag	131
2.	Die Wahl der Gesellschaftsform für die Führung eines kaufmännischen Unternehmens	132
a)	Darf eine einfache Gesellschaft ein kaufmännisches Unternehmen betreiben?	132
aa)	Das gesetzliche Verbot	132
bb)	Von Praxis und Lehre geduldete Ausnahmen	133
b)	Eignung aller anderen Gesellschaftsformen zur Führung eines kaufmännischen Unternehmens	135
aa)	Handelsgesellschaften	135
bb)	Vereine	135
cc)	Genossenschaften	135
IV.	Die Verwendungsmöglichkeiten der verschiedenen Gesellschaftsformen unter dem Gesichtspunkt der Zweckverfolgung und des Betriebes eines kaufmännischen Unternehmens	136
1.	Wirtschaftliche Zweckverfolgung mittels eines kaufmännischen Unternehmens	136
2.	Wirtschaftliche Zweckverfolgung ohne kaufmännisches Unternehmen	137
3.	Nicht wirtschaftliche Zweckverfolgung ohne kaufmännisches Unternehmen	137
4.	Nicht wirtschaftliche Zweckverfolgung mit kaufmännischem Unternehmen	138
5.	Überblick	138
V.	Exkurs: Die Problematik der vom Gesetzgeber vorgenommenen Unterscheidungen	138
§5	Unternehmen und Unternehmensrecht	141
I.	Ansätze eines Unternehmensrechts im schweizerischen Recht...	141
II.	Eine Unternehmensverfassung in der schweizerischen Rechtsordnung?	142
III.	Die Einheitsbehandlung des Unternehmens	144
1.	Das Problem	144
2.	Ansätze zu ganzheitlichen Lösungen	144
a)	Gesetzliche Regelung von Einzelfragen	144
b)	Die Möglichkeit einer obligatorischen, nicht aber einer umfassenden dinglichen Einheitsbehandlung	145
c)	Auswege in der Praxis	146
d)	Die Möglichkeit der Übertragung eines Vermögens nach Fusionsgesetz	148
e)	Exkurs: Das Unternehmen in der Zwangsvollstreckung	148

IV.	Der Unternehmensbegriff im Dienste der Abgrenzung zwischen Zivilrecht und Handelsrecht	149
V.	Exkurs: Der Unternehmensbegriff in anderen Rechtsgebieten....	150
§6	Das Handelsregister	153
	Vorbemerkungen zur Rechtsentwicklung	153
I.	Rechtsgrundlagen	156
II.	Merkmale und Funktionen	156
	1. Die Publizitätsfunktion	156
	2. Weitere Funktionen des Handelsregisters	157
	a) Anknüpfungs- und Rechtsdurchsetzungsfunktion	157
	b) Identifikationsfunktion	158
	3. Öffentlichkeit des Handelsregisters	158
	4. Beglaubigungen und elektronischer Geschäftsverkehr	159
III.	Organisation und Verfahren	160
	1. Die Anlage des Handelsregisters	160
	2. Die Führung und Beaufsichtigung des Handelsregisters sowie die Beschwerdeführung	161
	3. Die Prüfungspflicht des Handelsregisteramtes	162
	a) Anmeldungsprinzip	162
	b) Prüfung der Gesetzmässigkeit	163
	aa) Prüfung der formellen und registerrechtlichen Voraussetzungen	163
	bb) Prüfung der materiell-rechtlichen Voraussetzungen	164
	c) Zur Prüfung der Richtigkeit der gemachten Angaben...	167
	d) Besondere Prüfungsaufgaben	167
	e) Keine Prüfungsbefugnis, aber Aufschub beim Einspruch Dritter gegen eine Eintragung	168
	f) Exkurs: Antragspflicht bei der Feststellung von Organisationsmängeln	169
IV.	Der Handelsregistereintrag	169
V.	Wirkungen der Eintragung	171
	1. Die zu schützenden Interessen	171
	2. Deklaratorische und konstitutive Wirkung	172
	3. Heilende Wirkung	173
	4. Das Publizitätsprinzip	174
	5. Zur Frage des öffentlichen Glaubens des Handelsregisters..	176
	6. Nebenwirkungen	176
	7. Beginn der Eintragungswirkungen	177
VI.	Wirkungen der Löschung	178
§7	Die Firma	181
	Vorbemerkungen zur Entwicklung des Firmenrechts	181
I.	Definition, Funktionen und Abgrenzungen	183
	1. Definition	183
	a) Die Firma als Name	183

b)	Die Firma als Name eines Unternehmensträgers, einer Handelsgesellschaft bzw. einer Genossenschaft	184
c)	Die Firma als im Handelsverkehr verwendeter Name...	185
2.	Abgrenzungen	185
a)	Der Name von Vereinen und Stiftungen sowie von Körperschaften des öffentlichen Rechts	185
b)	Die Geschäftsbezeichnung	186
c)	Die Enseigne	186
d)	Die Marke	187
e)	Der Domain-Name	187
aa)	Begriff und Vergabemodalitäten	187
bb)	Schutz gegen die Verwendung von Domain-Namen	188
3.	Funktionen	190
II.	Bestandteile der Firma	190
1.	Der Kern der Firma	190
2.	Notwendige Zusätze	191
3.	Freiwillige Zusätze	193
4.	Exkurs: Die Unternehmens-Identifikationsnummer als Mittel zur eindeutigen Identifizierung der Unternehmen	194
III.	Grundsätze der Firmenbildung	195
1.	Firmenfreiheit oder Firmenstrenge?	195
a)	Das Problem	195
b)	Lösungsmöglichkeiten	196
c)	Firmenfreiheit und Firmenstrenge	196
d)	Übersicht über die Schranken der Firmenbildung	197
2.	Der Schutz öffentlicher Interessen	197
a)	Überblick	197
b)	Das Täuschungsverbot	198
c)	Das Wahrheits- und das Klarheitsgebot	200
d)	Weitere öffentliche Interessen	201
aa)	Nationale, territoriale und regionale Bezeichnungen	201
bb)	Spezialgesetzliche Schranken	201
cc)	Firmensprache und -Schreibweise	202
dd)	Firmengebrauchspflicht und Verwendung von Kurzbezeichnungen	203
3.	Der Schutz privater Interessen	204
a)	Das Ausschliesslichkeitsrecht bisheriger Firmeninhaber	204
aa)	Funktion	204
bb)	Deutliche Unterscheidbarkeit	205
cc)	Verbot identischer Firmen	206
dd)	Der geografische Schutzzumfang	206
b)	Massstäbe für den gerichtlichen Ermessensentscheid...	207
c)	Beispiele und Hinweis auf Entwicklungstendenzen	210
d)	Praktische Hinweise	212

IV.	Schutz der Firma	213
1.	Schutzbehelfe im Firmenrecht	213
2.	Schutzbehelfe ausserhalb des Firmenrechts	213
§8	Buchführung, Rechnungslegung und Publizität	217
I.	Die Buchführung und Rechnungslegung im Allgemeinen	218
1.	Überblick über die Rechtsentwicklung	218
2.	Zweck und Funktionen der Buchführung und Rechnungslegung	219
a)	Informations- und Schutzfunktion	219
b)	Hilfsmittel für die Leitung des Unternehmens	220
c)	Information für die am Unternehmen Beteiligten	220
d)	Schutz Aussenstehender	220
e)	Berücksichtigung der Bedürfnisse der Kapitalanleger und der Allgemeinheit	222
3.	Adressaten der Pflicht zur Buchführung und Rechnungslegung	224
4.	Dokumente der Buchführung und Rechnungslegung	225
a)	Überblick	225
b)	Geschäftsbücher	225
c)	Geschäftsbericht	225
d)	Jahresrechnung	226
aa)	Bilanz	226
bb)	Erfolgsrechnung	228
cc)	Anhang	228
dd)	Geldflussrechnung	229
e)	Lagebericht	229
f)	Konzernrechnung	230
II.	Formelle und materielle Buchführungsgrundsätze	231
III.	Formelle und materielle Rechnungslegungsgrundsätze	233
1.	Grundlagen der Rechnungslegung	233
a)	Überblick über die Regelung	233
b)	Prinzip des going concern bei der Bewertung	233
c)	Periodenabgrenzung	234
d)	Grundsätze ordnungsmässiger Rechnungslegung	234
e)	Einschränkungen des Wahrheitsprinzips, stille Reserven	237
f)	Zeitliche Vorgaben	239
g)	Unterzeichnung und Aufbewahrung	240
h)	Keine allgemeine Offenlegungspflicht, Ausnahmen	240
2.	Die Jahresrechnung	241
3.	Besonderheiten für grössere Unternehmen	241
4.	Abschluss nach einem anerkannten Standard zur Rechnungslegung	242
a)	Anwendungsbereich sowie Bedeutung privater und internationaler Regelwerke	242

b)	Swiss GAAP FER als nationaler Rechnungslegungsstandard	243
c)	Internationale Standards	245
d)	Weitere Anforderungen	247
5.	Konzernrechnung	247
a)	Anwendungsbereich der Konzernrechnungspflicht	247
b)	Übertragung der Konzernrechnungspflicht	248
c)	Befreiung von der Konzernrechnungspflicht	248
d)	Konzernrechnungspflicht nach anerkanntem Standard.	250
e)	Offenlegung der Beteiligungsverhältnisse	250
f)	Informationsrechte im Konzern	250
IV.	Publizitätspflichten der Publikumsgesellschaften	251
1.	Abgrenzung	251
2.	Regelpublizität	251
3.	Anlassbezogene Publizität	252
4.	Freiwillige Publizität	254
V.	Rechtsfortbildung	254
§ 9	Die Handlungsvollmachten	257
I.	Übersicht	257
II.	Die Prokura	258
1.	Der gesetzliche Umfang der Vertretungsmacht	258
a)	Grundsätzlich umfassende Vertretungsmacht	258
b)	Die Schranken	259
2.	Die Möglichkeit gewillkürter Beschränkung der Vertretungsmacht	261
3.	Die Ausübung der Prokura	262
4.	Die Entstehung	263
5.	Die Beendigung	264
6.	Haftung für deliktisches Verhalten	265
III.	Die Handlungsvollmacht i.e.S.	265
1.	Wesen und Arten	265
2.	Der gesetzliche Umfang der Vertretungsmacht	266
a)	Der Grundsatz	266
b)	Individualisierung der Vertretungsmacht	267
c)	Gesetzliche Ausnahmen	268
3.	Die Möglichkeit gewillkürter Beschränkung der Vertretungsmacht	268
4.	Die Ausübung der Handlungsvollmacht	269
5.	Entstehung und Beendigung	269
a)	Entstehung	269
b)	Beendigung	271
IV.	Exkurs: Geschäftsführende Gesellschafter, Verwaltungsratsmitglieder, Direktoren	271
1.	Geschäftsführende Gesellschafter und Mitglieder des Verwaltungsrats	271
2.	Direktoren	272

V.	Hinweise zur Praxis	272
1.	Die hierarchische Stellung von Prokuristen	272
2.	Die Praxis der Reduktion der Registereinträge bei Grossunternehmen	273
§ 10	Zur Geschichte und Zukunft des schweizerischen Gesellschafts- rechts	275
	Vorbemerkungen	275
I.	Geschichtliche Wurzeln	277
1.	Die Grundformen der römisch-rechtlichen Personenvereinigungen: <i>societas</i> und <i>universitas</i>	277
2.	Die gesellschaftlichen Grundformen des deutschen Rechts: Körperschaft und Gemeinschaft zur gesamten Hand	278
II.	Aus der Geschichte einzelner Gesellschaftsformen	279
1.	Die <i>commenda</i>	279
2.	Einige bedeutende Entwicklungsabschnitte in der Geschichte der AG	279
3.	Aus der neueren Genossenschaftsgeschichte	280
III.	Die Entwicklung der schweizerischen Gesellschaftsrechtskodifikation bis zur Aktienrechtsreform 1968/1991	281
1.	Das aOR vom 14. Juni 1881	281
2.	Das OR vom 30. März 1911	282
3.	Der Bundesratsbeschluss vom 8. Juli 1919	283
4.	Die Revision des Gesellschaftsrechts vom 18. Dezember 1936	283
IV.	Die Reform des Aktienrechts 1968/1991	285
1.	Das Reformbedürfnis	285
2.	Die Reformarbeiten	286
3.	Würdigung	288
4.	Die Aufnahme des revidierten Rechts in der Praxis	289
5.	Exkurs: Nachbesserungen, insbesondere bei Gelegenheit der GmbH-Reform	289
6.	Die Bedeutung früheren Rechts sowie früherer Lehre und Praxis	290
V.	Die Gesetzgebung seit Abschluss der Aktienrechtsreform 1968/1991	291
1.	Der Ausgangspunkt: Der Bericht der Groupe de reflexion «Gesellschaftsrecht»	291
2.	Parlamentarische Vorstösse	292
3.	Revision des Anlagefondsgesetzes	293
4.	Erlass eines schweizerischen Börsengesetzes	293
5.	Kontrolle für grössere Unternehmenszusammenschlüsse	294
6.	Erleichterung von Umstrukturierungen	294
7.	Teilrevision des Buchführungsrechts	295
8.	Revision des Stiftungsrechts	295
9.	Totalrevision des Rechts der GmbH	295

10.	Rechtsformübergreifende Neuordnung des Revisionsrechts	296
11.	Detailpflege im Handelsregister- und im Firmenrecht	297
12.	Detailpflege im Körperschaftsrecht	297
13.	Ablösung des Anlagengesetzes durch das Kollektivanlagengesetz	298
14.	Transparenz der Saläre an der Unternehmensspitze von Publikumsgesellschaften	298
15.	«Say-on-Pay» der Aktionäre in Gesellschaften mit kotierten Aktien	298
16.	Umsetzung internationaler Empfehlungen zur Geldwäschereibekämpfung und zur Verbesserung der Steuertransparenz	300
17.	Total revidiertes Rechnungslegungsrecht	301
VI.	Die «grosse» Aktienrechtsreform insbesondere	301
1.	Der Gang der Reformarbeiten	302
2.	Stossrichtungen und Grundentscheidungen	304
a)	Die wichtigsten Ziele	304
b)	Grundentscheidungen	305
3.	Flexibilisierung der Grundkapitalbasis und verstärkter Vermögensschutz	306
4.	Stärkung der Stellung der Aktionäre	307
5.	Die Organe und ihr gegenseitiges Verhältnis	307
a)	Kompetenzverschiebungen weg vom Verwaltungsrat und hin zur Generalversammlung	307
b)	Überarbeitung und Modernisierung der Regeln für die Generalversammlung	308
c)	Vorschläge für den Verwaltungsrat	308
d)	Wenige Änderungen für die Revisionsstelle	309
6.	Umsetzung der Lex Minder	310
7.	Aufgreifen gesellschaftspolitischer Themen	310
8.	Der mögliche Fortgang der Reformarbeiten	310
VII.	Einfluss des neueren Finanzmarktrechts auf das Gesellschaftsrecht	311
1.	Das Finanzmarktinfrastukturgesetz (FinfraG)	311
2.	Das Finanzdienstleistungs- und das Finanzinstitutsgesetz ...	313
VIII.	Mögliche künftige Reformen	314
IX.	Tendenzen in der wirtschafts- und gesellschaftsrechtlichen Gesetzgebung der neueren Zeit	315
1.	Beschleunigter Wandel	315
2.	Rahmengesetzgebung und Selbstregulierung	316
a)	Die Tendenz zur Rahmengesetzgebung	316
b)	Vermehrte Selbstregulierung	317
3.	Rechtsformübergreifende Regelungen	318
4.	Entwicklung eines Sonderrechts für Publikumsgesellschaften	320
5.	«Huckepackverfahren» und «überrollende» Gesetzgebung	321

6.	EU-Kompatibilität und allgemeine Anpassung an internationale Standards	323
a)	Anpassung an das Recht der EU	323
b)	Beachtung internationaler Standards	324
7.	Corporate Governance als Richtschnur für Selbstregulierung und Gesetzgebung	326
a)	Der Begriff und seine Aktualität	326
b)	Selbstregulierung für Publikumsgesellschaften	327
c)	Weitere Anstrengungen	329
d)	Gesetzgeberische Aktivitäten	331
8.	Digitalisierung	332
9.	Zunehmende wirtschaftliche Betrachtungsweise im Gesellschaftsrecht	334
10.	Auswirkungen der «Gatekeeper-Gesetzgebung» auf das Gesellschaftsrecht	336
11.	Das Gesellschaftsrecht als Vehikel zur Umsetzung gesellschaftspolitischer Anliegen	338
a)	Kampf gegen übersetzte Saläre an der Spitze von Publikumsgesellschaften	338
b)	Geldwäscherei- und Korruptionsbekämpfung	338
c)	Geschlechterraichtwerte für die Leitungsorgane von Publikumsgesellschaften	339
d)	Corporate Social Responsibility (CSR): Soziale und ökologische Verantwortung von (Gross-)Unternehmen	341
12.	Zunehmende Pönalisierung	345
X.	Der künftige Stellenwert des Gesellschaftsrechts	346

Besonderer Teil

§11 Vorbemerkungen	349	
I.	Der numerus clausus zulässiger Gesellschaftsformen im schweizerischen Recht	349
II.	Zur Einstellung des Staates gegenüber der Gründung von Gesellschaften	352
1.	Das System der freien Gesellschaftsbildung	353
2.	Das System der Normativbestimmungen	354
3.	Das Konzessionssystem	354
4.	Das Octroisystem	355
5.	Wechsel der Rechtsform	355
§12 Die einfache Gesellschaft	357	
I.	Die Zielsetzung des Gesetzgebers	358
II.	Begriff und Merkmale	359
1.	Die einfache Gesellschaft als personenbezogene Organisationsform	359

2.	Die einfache Gesellschaft als Rechtsgemeinschaft	360
3.	Die Zielsetzung der einfachen Gesellschaft und die Beschränkung in der Führung kaufmännischer Unternehmen	363
4.	Die Haftung für Gesellschaftsschulden	364
5.	Die einfache Gesellschaft als Subsidiärform	364
III.	Das Innenverhältnis	365
1.	Die Beitragsleistungen	365
2.	Der Anteil an Gewinn und Verlust	368
3.	Die Gesellschaftsbeschlüsse	369
4.	Die Geschäftsführung	370
5.	Das Einsichtsrecht des von der Geschäftsführung ausgeschlossenen Gesellschafters	372
6.	Die Treuepflicht des Gesellschafters	373
IV.	Das Aussenverhältnis	373
1.	Die Vertretung der Gesellschaft bzw. der Gesellschafter	373
2.	Die Haftung	375
3.	Fehlen einer Firma und eines Sitzes	376
V.	Entstehung, Beendigung und Gesellschafterwechsel	377
1.	Die Entstehung	377
2.	Die Beendigung	379
3.	Der Gesellschafterwechsel	383
VI.	Zur praktischen Bedeutung	386
VII.	Rechtsfortentwicklung	389
§ 13	Die Kollektivgesellschaft	391
I.	Die Zielsetzung des Gesetzgebers	391
II.	Begriff und Merkmale	392
1.	Die Kollektivgesellschaft als personenbezogene Organisationsform	392
2.	Die Kollektivgesellschaft als nach aussen hin verselbständigte Gesamthandsgemeinschaft	393
3.	Die Verfolgung wirtschaftlicher Zwecke	396
4.	Die Führung eines kaufmännischen Unternehmens	396
5.	Die Haftung für Gesellschaftsschulden	396
III.	Das Innenverhältnis	398
1.	Die Rechtsgrundlagen	398
2.	Die Beitragsleistungen	399
3.	Der Anteil an Gewinn und Verlust	399
4.	Die Gesellschaftsbeschlüsse	400
5.	Die Geschäftsführung	400
6.	Das Einsichtsrecht des von der Geschäftsführung ausgeschlossenen Gesellschafters	400
7.	Die Treuepflicht der Kollektivgesellschaftler	400
IV.	Das Aussenverhältnis	402
1.	Die Verselbständigung der Gesamthandschaft nach aussen hin	402

2.	Die Vertretung der Gesellschaft	402
3.	Die Haftung	404
4.	Firma und Sitz	404
V.	Entstehung, Beendigung und Gesellschafterwechsel	404
1.	Die Entstehung	404
2.	Die Beendigung	407
3.	Der Gesellschafterwechsel	410
VI.	Zur wirtschaftlichen Bedeutung	412
VII.	Rechtsfortentwicklung	413
§ 14	Die Kommanditgesellschaft	415
I.	Die Zielsetzung des Gesetzgebers	415
II.	Begriff und Merkmale	416
1.	Die Kommanditgesellschaft als Verbindung von zwei verschiedenartigen Gruppen von Gesellschaftern	416
2.	Die Kommanditgesellschaft als grundsätzlich personenbezogene Organisationsform	417
3.	Die Kommanditgesellschaft als nach aussen hin verselbständigte Gesamthandsgemeinschaft	418
4.	Die Verfolgung wirtschaftlicher Zwecke	419
5.	Die Führung eines kaufmännischen Unternehmens	419
6.	Die Haftung für Gesellschaftsschulden	419
III.	Das Innenverhältnis	420
1.	Die Rechtsgrundlagen	420
2.	Die beiden Arten von Gesellschaftern	421
3.	Die Stellung des Komplementärs	421
4.	Die Stellung des Kommanditärs	421
a)	Kommanditeinlage und Kommanditsumme	421
b)	Vermögensrechte	423
c)	Geschäftsführungsbefugnisse	425
d)	Widerspruchsrecht	425
e)	Informationsrechte	426
f)	Treuepflicht	426
IV.	Das Aussenverhältnis	426
V.	Entstehung, Beendigung und Gesellschafterwechsel	427
VI.	Zur wirtschaftlichen Bedeutung	428
VII.	Rechtsfortentwicklung	429
§ 15	Die stille Gesellschaft	431
I.	Zum Fehlen einer gesetzlichen Regelung	431
II.	Begriff und Merkmale	432
1.	Die stille Gesellschaft als Gesellschaft	432
2.	Die stille Gesellschaft als einfache Gesellschaft	433
3.	Die stille Gesellschaft als reine Innengesellschaft	434
4.	Alleinige Verfügungsmacht des Hauptgesellschafters über die Vermögenswerte der Gesellschaft	435

5.	Die Zielsetzung der stillen Gesellschaft	435
6.	Die Haftung für Gesellschaftsschulden	436
III.	Das Innenverhältnis	437
1.	Die Beitragsleistungen	437
2.	Der Anteil an Gewinn und Verlust	437
3.	Die Gesellschaftsbeschlüsse	437
4.	Die Geschäftsführung	438
5.	Das Einsichtsrecht des stillen Gesellschafters	439
6.	Die Treuepflicht des Gesellschafters	439
IV.	Das Aussenverhältnis	440
1.	Das Handeln für die Gesellschaft	440
2.	Die Haftung	440
3.	Fehlen einer Firma; zum «Sitz» der stillen Gesellschaft	440
V.	Entstehung, Beendigung und Gesellschafterwechsel	441
1.	Die Entstehung	441
2.	Die Beendigung	441
3.	Der Gesellschafterwechsel	442
VI.	Zur wirtschaftlichen Bedeutung	442
VII.	Rechtsfortentwicklung	444
§ 16	Die Aktiengesellschaft	445
	Vorbemerkungen	445
I.	Die Zielsetzung des Gesetzgebers	448
II.	Begriff und Merkmale	452
1.	Die AG als kapitalbezogene Organisationsform	452
2.	Die AG als Körperschaft	452
a)	Rechtspersönlichkeit	452
b)	Körperschaftliche Struktur	453
c)	Die Zulässigkeit der Ein-Personen-AG	453
3.	Verfolgung wirtschaftlicher Zwecke, Gewinnstrebigkeit	454
4.	Die Führung eines kaufmännischen Unternehmens	456
5.	Die AG als Grundkapitalgesellschaft	456
a)	Zur Terminologie des Gesetzgebers	456
b)	Aktienkapital und Gesellschaftsvermögen	456
c)	Das Aktienkapital als Sperrquote und Sollbetrag	459
d)	Die Funktionen des Aktienkapitals	464
e)	Die Mindesthöhe des Aktienkapitals	464
f)	Schutz der Kapitalaufbringung	466
aa)	Mindestkapital	466
bb)	Verbot der Stufengründung	466
cc)	Sperrkonto	467
dd)	Vollliberierung von Inhaberaktien	467
ee)	Vermögensschutz bei Sacheinlage- und Sachübernahmegründungen	467
g)	Schutz der Kapitalerhaltung	471
aa)	Verbot der Einlagenrückgewähr	471
bb)	Schranken für den Erwerb eigener Aktien	473

cc)	Massnahmen bei Vermögenszerfall	475
dd)	Pflicht zur vorsichtigen Bewertung, freiwillige und zwangsweise Bildung stiller Reserven	479
ee)	Verschärfte Vorschriften zur Revision und Rechnungslegung bei volkswirtschaftlich bedeutenden Gesellschaften und allgemein bei Publikumsgesellschaften	479
ff)	Vorschriften zur Kapitalherabsetzung	479
h)	Reservebildungsvorschriften	479
i)	Das allfallige Partizipationskapital	480
j)	Exkurs: Infragestellung des Dogmas vom starren und unabänderlichen Grundkapital	481
6.	Die Zerlegung des Aktienkapitals in Teilsummen, Aktien...	483
a)	Die Aktie als Teilsumme des Aktienkapitals; Zeichnung und Liberierung	483
b)	Nennwert, Substanzwert, innerer Wert, Marktwert und «wirklicher Wert»	484
c)	Weitere Bedeutungen des Ausdrucks «Aktie»	485
d)	Exkurs: Preisgabe des Nennwerts im künftigen Recht?	486
7.	Die Haftung für Gesellschaftsschulden	486
8.	Firma und Sitz	486
III.	Die Rechtsstellung des Aktionärs	488
1.	Allgemeine Charakterisierung der Mitgliedschaft	488
a)	Kapitalbezogenheit und Anonymität	488
b)	Das Gleichbehandlungsgebot	489
c)	Das Gebot zur schonenden Rechtsausübung und das Sachlichkeitsgebot	492
2.	Die Pflichten des Aktionärs	494
a)	Die Liberierungspflicht	494
b)	Fehlen weiterer Aktionärspflichten im klassischen Aktienrecht	494
c)	Kapitalmarktrechtliche Aktionärspflichten	495
aa)	Pflicht zur Offenlegung von Beteiligungen	495
bb)	Pflicht zu einem öffentlichen Kaufangebot	497
d)	Meldepflichten zur Geldwäschereibekämpfung	499
e)	Stimmpflicht für institutionelle Investoren	501
3.	Die Rechte des Aktionärs	502
a)	Vermögensmässige Rechte	502
aa)	Übersicht	502
bb)	Das Recht auf Dividende	503
cc)	Das Recht auf Bauzinsen	507
dd)	Das Recht auf Benutzung der gesellschaftlichen Anlagen	508
ee)	Das Recht auf den Liquidationsüberschuss	508
b)	Nicht vermögensmässige Rechte	509

c)	Mitwirkungsrechte insbesondere	509
d)	Schutzrechte insbesondere	510
aa)	Informationsrechte	510
bb)	Einberufungs- und Traktandierungsrechte	515
cc)	Die Anfechtbarkeit und Nichtigkeit von Generalversammlungsbeschlüssen	516
dd)	Die Verantwortlichkeitsklage	521
ee)	Die Auflösungsklage	521
ff)	Die Rückerstattungsklage	522
gg)	Schutzrechte im weiteren Sinn	523
hh)	Exkurs: Gültigkeit statutarischer Schiedsklauseln	524
e)	Rechte auf Beibehaltung der Beteiligungsquote	524
aa)	Grundsätzliches und Problematik	524
bb)	Das Bezugsrecht	525
cc)	Das Vorwegzeichnungsrecht	528
dd)	Kein Recht auf Beibehaltung der Höhe des Aktienkapitals	529
f)	Schuldvertragliche Beziehungen zwischen Aktionären und ihrer Gesellschaft; Selbst- und Doppelkontrahieren	529
4.	Schranken der Kapitalherrschaft und des Mehrheits- prinzips bei der AG	531
a)	Minderheitenrechte	532
b)	Unentziehbare und unverzichtbare Rechte	534
c)	Möglichkeiten der Abweichung von der Zumessung der Rechte nach der Kapitalbeteiligung	537
aa)	Vorzugsaktien	537
bb)	Stimmrechtsaktien	538
cc)	Stimmrechtsbeschränkungen	540
5.	Die Verbriefung der Rechte des Aktionärs	540
a)	Das Recht auf Verurkundung	540
b)	Die Verurkundung in einem Wertpapier	541
c)	Die Tendenz zur Entmaterialisierung	543
6.	Erwerb, Übertragung und Verlust der Mitgliedschaft	544
a)	Der Erwerb der Mitgliedschaft	544
b)	Die Übertragung der Mitgliedschaft	545
aa)	Grundsätzliches	545
bb)	Inhaberaktien	545
cc)	Gewöhnliche Namenaktien	546
dd)	Vinkulierte Namenaktien	546
ee)	Rektaaktien	551
ff)	Unverbriefte Aktienrechte	552
gg)	Übertragung von Bucheffekten	552
c)	Ausschluss und Austritt von Aktionären	553
aa)	Ausschluss nach klassischem Aktienrecht	553
bb)	Ausschluss und Austritt nach Spezialgesetzen	553

7.	Genussscheine, Partizipationsscheine, Obligationenanleihen	554
a)	Genussscheine	554
b)	Partizipationsscheine	555
c)	Obligationenanleihen und ihre Sonderarten	557
IV.	Die Organisation der AG	559
1.	Die gesetzlich vorgeschriebenen Organe und ihr Verhältnis zueinander	559
2.	Die Generalversammlung (OR 698 ff.)	560
a)	Die Generalversammlung als «oberstes» Organ	561
b)	Vorbereitung und Durchführung der Generalversammlung	562
c)	Die Beschlussfassung	568
d)	Unzulässigkeit von Zirkulationsbeschlüssen und von Delegierten Versammlungen	571
e)	Die Ausübung des Stimmrechts durch Stellvertreter, besonders durch den unabhängigen Stimmrechtsvertreter	574
f)	Genehmigungskompetenzen und Konsultativabstimmungen	576
g)	Neue Generalversammlungskompetenzen aufgrund der «Lex Minder»	577
3.	Der Verwaltungsrat (OR 707 ff.)	582
a)	Die Aufgaben des Verwaltungsrats nach dispositivem Gesetzesrecht	582
aa)	Geschäftsführungs- und Vertretungsorgan	582
bb)	Kompetenzvermutung zugunsten des Verwaltungsrats	583
b)	Zusammensetzung und Grösse	584
c)	Möglichkeiten der Organisation der aktienrechtlichen Exekutive	585
aa)	Die dispositive gesetzliche Ordnung	585
bb)	Flexibilität des schweizerischen Rechts	585
cc)	Verwaltungsratsausschüsse insbesondere	586
d)	Undelegierbare und unentziehbare Kernkompetenzen des Verwaltungsrats	588
aa)	Grundlagen	588
bb)	Oberleitung und Festlegung der Strategie (Ziff. 1)	589
cc)	Festlegung der Organisation (Ziff. 2)	590
dd)	Planung, insbesondere Finanzplanung (Ziff. 3)...	590
ee)	Ausgestaltung des Rechnungswesens und der Finanzkontrolle (Ziff. 3)	590
ff)	Oberaufsicht (Ziff. 5)	590
gg)	Grundlegende personelle Entscheide (Ziff. 4 und OR 721)	591

hh)	Berichterstattung an die Aktionäre (Ziff. 6)	592
ii)	Vertretung (OR 721)	592
jj)	Benachrichtigung des Gerichts bei Überschuldung (Ziff. 7)	592
kk)	Erstellung des Vergütungsberichts	593
ll)	Unübertragbare Pflicht nach dem FinfraG	593
mm)	Unübertragbare Pflichten nach dem FusG	593
nn)	Würdigung	593
e)	Formelle Anforderungen an die Kompetenzdelegation.	594
f)	Exkurs: Zur Bedeutung von Reglementen, insbesondere des Organisationsreglements	595
g)	Organisation und Beschlussfassung des Verwaltungsrats	597
h)	Rechtsstellung der Mitglieder des Verwaltungsrats und Anforderungen an dieselben	599
4.	Die Revisionsstelle (OR 727 ff.)	605
a)	Grundlagen	605
aa)	Das Konzept der gesetzlichen Ordnung	605
bb)	Erfordernis eines besonderen Kontrollorgans	606
cc)	Zweiteilung in ordentliche und eingeschränkte Revision	607
b)	Bestellung, Amtsdauer und Beendigung	608
c)	Fachliche Voraussetzungen	609
d)	Anforderungen an die Unabhängigkeit und allgemeine Verhaltenspflichten	610
e)	Aufgaben (Übersicht)	612
f)	Prüfungspflichten	612
aa)	Allgemeines	612
bb)	Ordentliche Revision	613
cc)	Eingeschränkte Revision	614
g)	Berichterstattungs- und Auskunftspflichten	614
aa)	Allgemeines	614
bb)	Ordentliche Revision	615
cc)	Eingeschränkte Revision	616
h)	Subsidiäre Erfüllung von Geschäftsführungsaufgaben	616
aa)	Grundsatz	616
bb)	Einberufung der Generalversammlung	616
cc)	Benachrichtigung des Gerichts bei Überschuldung	617
i)	Erweiterung der Aufgaben der Revisionsstelle	617
j)	Ausserordentliche Prüfungen	617
k)	Prüfung der Konzernrechnung	618
l)	Die Bedeutung von Revision und Revisionsstelle für Generalversammlungsbeschlüsse	618
m)	Verantwortlichkeit der Revisionsstelle	619
n)	Das Revisionsaufsichtsgesetz (RAG)	619

0)	Anwendbarkeit der aktienrechtlichen Vorschriften auf andere Rechtsformen	620
p)	Spezialgesetzliche Vorschriften	620
q)	Exkurs: Weitere Kontrollinstrumente	620
r)	Übersicht über die Regelung der Revision	623
5.	Fehlen eines besonderen Aufsichtsorgans	624
6.	Organisationsmängel	625
V.	Aktienrechtliche Verantwortlichkeit	627
1.	Anwendungsbereich	627
2.	Allgemeine Voraussetzungen der aktienrechtlichen Verantwortlichkeit der Exekutivorgane (OR 754)	628
a)	Aktivlegitimation	628
aa)	Aktivlegitimation der Gesellschaft	628
bb)	Aktivlegitimation der Aktionäre und Gläubiger..	629
b)	Passivlegitimation	633
c)	Schaden	634
d)	Pflichtverletzung	635
e)	Verschulden	638
f)	Kausalität	639
g)	Keine Einreden und Einwendungen	640
h)	Prozessuales	642
l)	Praktische Relevanz des Verantwortlichkeitsrechts	643
3.	Verantwortlichkeit der Revisionsstelle	644
a)	Aktiv- und Passivlegitimation	644
b)	Pflichtverletzungen	644
4.	Mehrere Verantwortliche	645
5.	Weitere Fälle der aktienrechtlichen Verantwortlichkeit	647
a)	Prospekthaftung	647
b)	Gründungshaftung	647
6.	Verhältnis zu anderen Klagen	648
7.	Exkurs: Haftung für Steuern und Sozialabgaben	648
VI.	Gründung, Beendigung und Kapitalveränderung	649
1.	Die Gründung	649
a)	Übersicht	649
b)	Das Vorbereitungsstadium	650
c)	Das Errichtungsstadium	650
d)	Das Entstehungsstadium	652
e)	Qualifizierte Gründungen insbesondere	653
f)	Rechtshandlungen für die werdende Gesellschaft	654
2.	Die Beendigung	655
a)	Die Auflösung der AG	655
b)	Liquidation und Beendigung	656
c)	Die Beendigung ohne Liquidation	658
3.	Die Kapitalveränderung	658
a)	Die Erhöhung des Aktienkapitals	658
aa)	Übersicht	658
bb)	Die ordentliche Kapitalerhöhung	659

cc)	Die genehmigte und die bedingte Kapitalerhöhung	660
dd)	Keine Regelung des sog. FestübernahmeVerfahrens	662
ee)	Schutz der bisherigen Aktionäre und allgemein der Aktienzeichner	663
b)	Die Herabsetzung des Aktienkapitals	664
aa)	Gründe und Arten	664
bb)	Die heutige gesetzliche Ordnung	666
cc)	Die Kapitalherabsetzung in der Aktienrechtsreform	667
c)	Das Kapitalband als rechtspolitischer Vorschlag	668
VII.	Zur wirtschaftlichen Bedeutung	670
1.	Die starke Verbreitung der AG und ihre Gründe	670
2.	Die Eignung der AG für Grossgesellschaften	671
3.	Die Eignung der AG für kleine und mittlere Gesellschaften	672
4.	Exkurs: Die Anwalts-AG	675
§ 17	Die Kommanditaktiengesellschaft	677
I.	Die Zielsetzung des Gesetzgebers	677
II.	Begriff und Merkmale	678
1.	Die KmAG als teils kapitalbezogene, teils personenbezogene Organisationsform	678
2.	Die KmAG als Körperschaft	679
3.	Die regelmässige Verfolgung wirtschaftlicher Ziele	679
4.	Die Führung eines kaufmännischen Unternehmens	679
5.	Die KmAG als Grundkapitalgesellschaft	679
6.	Die Zerlegung des Aktienkapitals in Teilsommen, Aktien	679
7.	Die Haftung für Gesellschaftsschulden	680
8.	Firma und Sitz	680
III.	Die Rechtsstellung der Gesellschafter	680
1.	Die beiden Arten von Aktionären	680
2.	Die gewöhnlichen Aktionäre	681
3.	Die unbeschränkt haftenden Aktionäre	681
IV.	Zur Organisation der KmAG	682
1.	Die gesetzlich vorgeschriebenen Organe	682
2.	Die Generalversammlung	682
3.	Die Verwaltung	682
4.	Die Aufsichtsstelle	683
V.	Gründung und Beendigung	683
VI.	Zur wirtschaftlichen Bedeutung	684
§ 18	Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung	687
I.	Die Zielsetzungen des Gesetzgebers	688
1.	Die GmbH als personenbezogene Kapitalgesellschaft	688
2.	Zu Terminologie und Gesetzgebungstechnik	690

II.	Begriff und Merkmale	692
1.	Die GmbH als teils kapitalbezogene, teils personenbezogene Mischform	692
2.	Die GmbH als Körperschaft	693
3.	Die wirtschaftliche Zielsetzung	694
4.	Die Führung eines kaufmännischen Unternehmens	694
5.	Die GmbH als Grundkapitalgesellschaft	694
6.	Die Beteiligung der Gesellschafter am Stammkapital	697
7.	Die Haftung für Gesellschaftsschulden	698
8.	Firma und Sitz	698
9.	Keine GmbH & Co. KG nach schweizerischem Recht	698
III.	Die Rechtsstellung des Gesellschafters	699
1.	Allgemeine Charakterisierung der Mitgliedschaft	699
2.	Die Pflichten des Gesellschafters	700
a)	Liberierungspflicht	700
b)	Treuepflicht	700
c)	Allfällige Nebenleistungspflichten	700
d)	Allfällige Nachschusspflicht	701
3.	Die Rechte des Gesellschafters	702
a)	Vermögensmässige Rechte	703
b)	Nicht vermögensmässige Rechte	703
c)	Bezugsrecht	705
4.	Die Verbriefung der Rechte des Gesellschafters	705
5.	Erwerb, Übertragung und Verlust der Mitgliedschaft	705
a)	Originärer Erwerb	705
b)	Derivativer Erwerb	705
c)	Ausschluss und Austritt	706
d)	Anteilbuch; Publizität der Mitgliedschaft	707
IV.	Zur Organisation der GmbH	708
1.	Die gesetzlich vorgesehenen Organe	708
2.	Die Gesellschafterversammlung	708
3.	Das Geschäftsführungsorgan	710
4.	Das Revisionsorgan	712
5.	Organisationsmängel	712
V.	Gründung, Beendigung und Kapitalveränderung	713
1.	Die Gründung	713
2.	Die Beendigung	714
3.	Die Kapital Veränderung	714
VI.	Weitergeltung früheren Rechts	715
VII.	Zur wirtschaftlichen Bedeutung	716
VIII.	Rechtsfortentwicklung	717
§ 19	Die Genossenschaft	719
I.	Die Zielsetzung des Gesetzgebers	720
II.	Begriff und Merkmale	721
1.	Die Genossenschaft als personenbezogene Organisationsform	721

2.	Die Genossenschaft als Körperschaft	722
3.	Die hauptsächliche Verfolgung bestimmter wirtschaftlicher Zwecke der Mitglieder	722
4.	Die Möglichkeit der Führung eines kaufmännischen Unternehmens	725
5.	Das Prinzip der offenen Tür	725
6.	Zur Bedeutung des Grundkapitals bei der Genossenschaft	726
7.	Die Haftung für Gesellschaftsschulden	728
8.	Firma und Sitz	729
9.	Erfordernis von sieben Mitgliedern	729
10.	Exkurs: Atypische Genossenschaften	730
	a) Gesetzlich vorgesehene Typabweichungen	730
	b) Entwicklungen in der Praxis	730
III.	Die Rechtsstellung des Genossenschafters	732
1.	Allgemeine Charakterisierung der Mitgliedschaft	732
2.	Die Pflichten des Genossenschafters	734
3.	Die Rechte des Genossenschafters	735
	a) Vermögensmässige Rechte	735
	b) Nicht vermögensmässige Rechte	737
4.	Die Verbriefung der Rechte des Genossenschafters	738
5.	Erwerb, Übertragung und Verlust der Mitgliedschaft	738
IV.	Zur Organisation der Genossenschaft	741
1.	Die gesetzlich vorgeschriebenen Organe	741
2.	Die Generalversammlung und ihre Surrogate (OR 879 ff.)	742
3.	Die Verwaltung (OR 894 ff.)	743
4.	Die Revisionsstelle	744
V.	Gründung, Beendigung und Kapitalveränderung	745
1.	Die Gründung	745
2.	Die Beendigung	746
3.	Die Kapitalveränderung	746
4.	Organisationsmängel	746
VI.	Besondere Regeln für einzelne Genossenschaftsarten	747
1.	Genossenschaftsverbände	747
2.	Kreditgenossenschaften	748
3.	Versicherungsgenossenschaften	748
4.	Genossenschaften mit Beteiligungen von Körperschaften des öffentlichen Rechts	749
5.	Trägerinnen von Vorsorgeeinrichtungen	749
VII.	Zur wirtschaftlichen Bedeutung	750
VIII.	Rechtsfortentwicklung	752
§ 20	Der Verein	755
I.	Die Zielsetzung des Gesetzgebers	755
II.	Begriff und Merkmale	756
1.	Der Verein als personenbezogene Organisationsform	756

2.	Der Verein als Körperschaft	757
3.	Die Verfolgung nichtwirtschaftlicher Zwecke	757
4.	Die Möglichkeit, ein nach kaufmännischer Art geführtes Unternehmen zu betreiben	758
5.	Unzulässigkeit der Kombination von Verfolgung wirtschaftlicher Zwecke und Betrieb eines kaufmännischen Unternehmens	759
6.	Die Haftung für Vereinsschulden	760
7.	Fehlen einer Firma; zum Sitz des Vereins	760
8.	Die weitgehend dispositive Natur des Vereinsrechts	761
III.	Die Rechtsstellung des Vereinsmitglieds	761
1.	Allgemeine Charakterisierung der Mitgliedschaft	761
2.	Die Pflichten des Vereinsmitglieds	761
3.	Die Rechte des Vereinsmitglieds	762
a)	Vermögensmässige Rechte	762
b)	Nicht vermögensmässige Rechte	763
4.	Erwerb, Übertragung und Verlust der Mitgliedschaft	765
IV.	Zur Organisation des Vereins	767
1.	Die gesetzlich vorgeschriebenen Organe	767
2.	Die Vereinsversammlung (ZGB 64 ff.)	768
3.	Der Vorstand (ZGB 69)	770
4.	Die Revisionsstelle	770
5.	Exkurs: Vereine mit Sektionen	771
V.	Gründung und Beendigung	771
1.	Die Gründung	771
2.	Die Beendigung	772
VI.	Zur praktischen Bedeutung	773
VII.	Rechtsfortentwicklung	775
§ 21	Die privatrechtlichen Körperschaften des kantonalen Rechts	777
I.	Der gesetzliche Vorbehalt zugunsten des kantonalen Körperschaftsrechts und seine Rechtfertigung	778
1.	Die Vorbehalte von ZGB 59 zugunsten des kantonalen Rechts	778
2.	Sinn und Rechtfertigung des Vorbehalts von ZGB 59 III...	779
II.	Der Anwendungsbereich von ZGB 59 III	779
1.	Merkmale privatrechtlicher kantonalen Körperschaften	779
2.	Die Abgrenzung von den Gesellschaften des OR	780
III.	Das anwendbare Recht	781
IV.	Zur rechtlichen Ausgestaltung	782
V.	Zur wirtschaftlichen Bedeutung	783
§ 22	Gesellschaftsrechtliche und schuldvertragliche Möglichkeiten der kollektiven Kapitalanlage	785
I.	Grundlagen	786
1.	Die Idee der kollektiven Kapitalanlage	786

2.	Die Rechtsentwicklung in der Schweiz	787
a)	Die bisherige Entwicklung	787
b)	Das künftige Recht	788
3.	Die Gesetzgebungstechnik	789
4.	Die Schutzzwecke des KAG	790
5.	Die Formen kollektiver Kapitalanlagen	792
a)	Vertrags- oder gesellschaftsrechtliche Basis; numerus clausus	792
b)	Offene oder geschlossene Konstruktion	793
6.	Geltungsbereich und Ausnahmen	793
a)	Geltungsbereich	793
b)	Ausnahmen vom Geltungsbereich	795
c)	Übersicht	797
II.	Offene kollektive Kapitalanlagen	798
1.	Gemeinsame Bestimmungen	798
a)	Zulässige Arten der kollektiven Kapitalanlage und Anlagevorschriften	798
b)	Internes Rechtsverhältnis	800
c)	Bewilligungs- und Genehmigungspflichten	800
d)	Aufsicht	801
e)	Verhaltensregeln	801
f)	Organe und Beauftragte	804
g)	Transparenz, Rechnungslegung und Bewertung	805
h)	Recht auf Ausscheiden	806
i)	Recht auf Ertrag und Beteiligung	807
j)	Änderungen und Auflösung	807
2.	Vertraglicher Anlagefonds	808
a)	Vorbemerkung	808
b)	Fondsvertrag	808
c)	Fondsleitung und Depotbank	810
3.	Investmentgesellschaft mit variablem Kapital (SICAV)	811
a)	Vorbemerkung	811
b)	Struktur und Organe	811
III.	Geschlossene kollektive Kapitalanlagen	813
1.	Gemeinsame Bestimmungen	813
a)	Vorbemerkung	813
b)	Internes Rechtsverhältnis	813
c)	Bewilligungs- und Genehmigungspflichten	814
d)	Aufsicht	814
e)	Verhaltensregeln	814
2.	Kommanditgesellschaft für kollektive Kapitalanlagen	814
3.	Investmentgesellschaft mit festem Kapital (SICAF)	816
IV.	Ausländische kollektive Kapitalanlagen	817
V.	Zur wirtschaftlichen Bedeutung	818
VI.	Rechtsfortbildung	818

§ 23 Die Unternehmensstiftung als Organisationsform mit gesellschaftsähnlicher Funktion	819
Vorbemerkungen	819
I. Begriff, Arten und Merkmale der Stiftung	820
II. Begriff, Merkmale und Problematik der Unternehmensstiftung	823
1. Begriff und Merkmale	823
2. Zur Problematik der Unternehmensstiftung	824
3. Die Entwicklung der rechtlichen Beurteilung	826
III. Zur wirtschaftlichen Bedeutung	827
IV. Rechtsfortentwicklung	829
§ 24 Die Behandlung von gegliederten und verbundenen Unternehmen: Zweigniederlassung, Konzern und Holdinggesellschaft	831
I. Allgemeines	832
II. Gegliederte Unternehmen: die Zweigniederlassung	833
1. Der Begriff	833
2. Die Zweigniederlassung einer schweizerischen Rechtseinheit	834
3. Die schweizerische Zweigniederlassung einer ausländischen Rechtseinheit	836
III. Verbundene Unternehmen: Konzern und Holdinggesellschaft...	838
1. Die Konzernrealität und ihre Problematik	838
2. Die Erfassung des Konzerns in Gesetzesrecht und Rechtspraxis	839
3. Der Konzernbegriff – Paradigmenwechsel vom Leitungszum Kontrollprinzip?	841
4. Das sogenannte Konzernparadox und die Verantwortlichkeit der Organe	843
5. Die Haftung im Konzern	847
6. Rechnungslegung im Konzern	851
7. Konzernfinanzierung, insbesondere Cash Pooling	851
a) Überblick über die Möglichkeiten der Konzernfinanzierung	851
b) Risiken der Konzernfinanzierung	852
aa) Downstream-Finanzierungen	852
bb) Upstream- und Crossstream-Finanzierungen	852
c) Einheitliche Bewirtschaftung der Liquidität durch Cash Pooling	853
8. Die Berücksichtigung wechselseitiger Beteiligungen	856
9. Die Holdinggesellschaft als Instrument der Konzernbildung	856
10. Die private Rechtsgestaltung	857
11. Rechtsfortentwicklung	859

§25 Umstrukturierungen	863
I. Problematik, Rechtsentwicklungen und betroffene Interessen....	864
1. Der Bedarf nach Strukturanpassungen	864
2. Das frühere schweizerische Recht	865
3. Das Fusionsgesetz vom 3. Oktober 2003	866
4. Interessenabwägungen	867
II. Die Fusion	869
1. Der Begriff	869
2. Arten der Fusion und fusionsähnliche Tatbestände	871
3. Die spezialgesetzliche Ordnung	873
a) Grundlagen	873
b) Zulässige und unzulässige Fusionen	873
c) Der Ablauf der Fusion	874
d) Schutz der Betroffenen	875
e) Ausnahmen vom Grundsatz der Mitgliedschaftskontinuität	877
f) Sonderfälle, insbesondere Erleichterungen	878
4. Wirtschaftliche Aspekte der Fusion	879
III. Die Spaltung	880
1. Der Begriff	880
2. Arten	880
3. Die spezialgesetzliche Ordnung	881
4. Exkurs: Die Vermögensübertragung	884
5. Wirtschaftliche Aspekte der Spaltung und Vermögensübertragung	887
IV. Der Rechtsformwechsel (die Umwandlung)	888
1. Begriff, Funktion und Problematik	888
2. Die spezialgesetzliche Ordnung	889
3. Wirtschaftliche Aspekte des Rechtsformwechsels	890
V. Fusion, Umwandlung und Vermögensübertragung unter Beteiligung von Instituten des öffentlichen Rechts	891
VI. Übersicht über die zulässigen Umstrukturierungen	892
1. Zulässige Fusionen	892
2. Zulässige Spaltungen	893
3. Zulässige Vermögensübertragungen	893
4. Zulässige Umwandlungen	894
 § 26 Exkurs: Der Einzelkaufmann	 895
I. Grundzüge der rechtlichen Ordnung	895
II. Zur wirtschaftlichen Bedeutung	899
 Anhänge	 902
Sachregister	905